

Klaus Dräger

„Eurokrise“ – Strategielose Gewerkschaften und Linke

Was kritische Stimmen voraussagten, ist inzwischen eingetreten: Die leichte Erholung der Weltwirtschaft infolge der Konjunkturprogramme wichtiger Länder wie USA, China, Brasilien, Deutschland und Frankreich 2009 und 2010 hielt nur bis Ende 2011. Seit 2012 schwächt sich das Wachstum global und sogar in den wachstumsstarken Schwellenländern China und Brasilien wieder ab.

In der Europäischen Union haben insbesondere die Kürzung öffentlicher Ausgaben (Austeritätspolitik), Druck auf Löhne und Tarifsysteme, Privatisierung und die weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte nicht nur die südlichen Länder (Griechenland, Portugal, Spanien und Italien) in die Rezession zurückgeworfen, sondern z.B. auch reiche Länder wie Luxemburg, die Niederlande und Großbritannien.. Für die Eurozone wird mit einem Minuswachstum von 0,3 Prozent gerechnet. In den meisten übrigen EU-Ländern stagniert die Wirtschaft.

So wundert es nicht, dass aus den Gewerkschaften und den Parteien des Mitte-Links-Spektrums (Sozialdemokraten, Sozialliberale und Grüne) der Ruf erklang, die Politik der „Haushaltskonsolidierung“ zeitlich länger zu strecken und parallel europäische „Wachstumsimpulse“ zu setzen. Man könne nicht länger nur „einseitig die wirtschaftlich Schwachen belasten“, auch die „starken Schultern“ müssten mehr in die Pflicht genommen werden.

Die „Linke der Linken“¹ schöpfte Hoffnung aus der Griechenland-Wahl vom Mai 2012, aus der das Bündnis der radikalen Linken Syriza als zweitstärkste Kraft hervorgegangen war. Gemeinsam mit François Hollande und der absoluten Mehrheit der französischen Sozialisten in Nationalversammlung und Senat könne eine Dynamik zu einer „europäischen Linkswende“ aufgebaut und zumindest allmählich ein Gegengewicht zu den Spardiktaten der deutschen Kanzlerin Angela Merkel entwickelt werden.

Mitte-Links auf altbekannten Pfaden

Daraus ist nichts geworden. Die französische „Linksregierung“ wollte Alexis Tsirpas, dem Frontmann von Syriza, nicht einmal ein informelles Gespräch anbieten. Ihr Europaminister Pierre Moscovici forderte schlicht, dass Griechenland alle Auflagen des Memorandums der Troika von Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank erfüllen müsse. Die Auflagen neu zu verhandeln komme nicht in Frage. Bei der Griechenlandwahl im Juni 2012 kam Syriza nochmals deutlich gestärkt auf den zweiten Platz. Aber es reichte nicht für die von ihr angestrebte „Koali-

¹ Z.B. DIE LINKE in Deutschland, Front de Gauche in Frankreich, Izquierda Unida in Spanien, die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark usw.

tion der Linken“. Konservative (ND), Sozialdemokraten (PASOK) und die Demokratische Linke (DIMAR) bildeten die neue Regierung, welche den bisherigen Austeritätspolitik fortsetzen will.

François Hollande gewann seinen Präsidentschaftswahlkampf unter anderem mit der Forderung, den Fiskalpakt neu zu verhandeln. Nun will aber auch Frankreichs sozialistische Regierung ihn ohne Abstriche ratifizieren. Der EU-Gipfel im Juni 2012 beschloss zwar einen „Wachstumspakt“ – 120 Mrd. € sind dafür offiziell vorgesehen. Seine Finanzierung steht auf wackligen Beinen: 55 Mrd. € aus bisher angeblich ungenutzten EU-Strukturfördermitteln, das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank soll um 10 Mrd. € aufgestockt werden (womit sie angeblich ein Kreditvolumen von 60 Mrd. € ‚hebeln‘ kann), 4,5 Mrd. € privater Investitionen sollen über EU-Projektbonds für Infrastrukturvorhaben mobilisiert werden.

Ob dies den EU-Staaten helfen kann, die dies am dringendsten brauchen, ist fraglich. Angesichts der drastischen Ausgabenkürzungen in den am härtesten von der Krise betroffenen südlichen und östlichen Peripherieländern der EU ist kaum davon auszugehen, dass dort entsprechende Investitionsprojekte an den Start gebracht werden können – sie müssten von diesen klammen Staaten ja kofinanziert werden. Elie Cohen (2012) rechnet ansonsten nüchtern vor: „Diese Initiative (...) mobilisiert etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU, d.h. jährlich etwa 0,2 Prozent des BIP, wenn die Maßnahmen sich über fünf Jahre erstrecken. Nur für Frankreich bedeutet aber die Einhaltung des geplanten Defizitabbaus einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent, allein in 2013!“

Dieser „Wachstumspakt“ ist wieder einmal nur symbolische Politik. Das Muster ist bekannt: Theo Waigels „Stabilitätspakt für den Euro“ wurde Ende der 1990er Jahre durch den „Druck“ des französischen sozialistischen Premierministers Lionel Jospin zum „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ umgetauft. In der Substanz blieb er unverändert.

SPD und Grüne in Deutschland gaben ihre früheren Forderungen nach Eurobonds auf. Sie stimmten dem Fiskalpakt und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (Euro-Rettungsfonds) zu – gegen das bloße Versprechen der Bundesregierung, sie werde sich für eine Finanztransaktionssteuer in der EU einsetzen. Die italienischen *Democratici* stützen gemeinsam mit Berlusconi weiterhin die Austeritätspolitik und die neoliberalen Strukturereformen der ohne demokratische Wahl installierten ‚Expertenregierung‘ von Mario Monti. Die Sozialdemokratien Spaniens, Griechenlands und Portugals hatten zuvor schon die Zukunft ihrer Parteien und ihre Regierungsmacht auf dem Altar einer angeblich alternativlosen Sparpolitik geopfert.

Wahlkampfsituationen sind eine Sache – man möge mir aber ein einziges Beispiel nennen, wo Mitte-Links sich anschließend „im wirklichen Leben“ gegen die Interessen „der Finanzmärkte“ gestellt oder Austerität und neoliberale Strukturereformen abgelehnt hätte. Die Mitte-Links-Kräfte in der EU vertreten vielmehr seit mindestens zwei Jahrzehnten eine „sozialliberalistische“ Variante neoliberaler Politik und setzten sie an der Regierung um.

Gewerkschaften, soziale Bewegungen (inklusive ihrer wissenschaftlichen Beratungsnetzwerke) und die ‚Linke der Linken‘ in Europa lehnen dies ab. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und auch der DGB sind gegen den Fiskalpakt wie zuvor gegen den Euro-Plus-Pakt. Die Hoffnungen auf Frankreichs Sozialisten, SPD, Grüne, italienische Demokraten usw., die in den Jahren der Oppositionstätigkeit dieser Kräfte bei den Gewerkschaften wieder wuchsen – sie sind offenbar auf Sand gebaut. Seit Ende der 1990er Jahre – Stichwort „Dritter Weg“ Schröders und Blairs, Agenda 2010 in Deutschland usw. – sind Gewerkschaften und linke Kräfte damit konfrontiert, dass ihre Kernanliegen im parlamentarischen Raum nicht einmal von den einschlägigen Mitte-Links-Bündnissen unterstützt werden, wenn diese Wahlen gewonnen haben.

Daraus ergibt sich für Gewerkschaften, soziale Bewegungen und die ‚Linke der Linken‘ ein doppeltes Problem. *Erstens*: Welche alternative Programmatik wird von ihnen jeweils vorgeschlagen, um die Finanz- und Wirtschaftskrise, die ‚Eurokrise‘ etc. zu überwinden? *Zweitens*: Mit welcher Strategie kann diese gegenüber rechten wie Mitte-Links-Regierungen stark und durchsetzungsfähig gemacht werden?

Europäisch koordinierte Gegenmobilisierung?

Der EGB hatte nach dem Kriseneinbruch Ende 2007 zwei Jahre gebraucht, um 2010 zumindest eine vorläufige programmatische Alternative für Europa zu formulieren. Aus meiner Sicht hatte diese durchaus Substanz und bot vielfältigen anderen gesellschaftlichen Kräften Anschlussmöglichkeiten für ihre jeweiligen Anliegen. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einem europäischen ökologisch-solidarischen Zukunftsinvestitionsprogramm, das weit über die bisher in den Gewerkschaften üblichen Rufe nach ‚Konjunkturprogrammen‘ hinausging. Es war mindestens auf fünf Jahre angelegt, um einen ‚Pfadwechsel‘ nach der ‚Großen Rezession‘ 2007-2009 in der EU zu befördern. ‚Eurobonds‘ für Investitionen sollten es finanzieren und jährlich mindestens 1 Prozent des EU-BIP dafür aufbringen. ‚Public sector led investment‘ – also gebündelte öffentliche Investitionen und ihre gezielte Lenkung in bedürftige Regionen und Branchen zur Einleitung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung – das war die Grundphilosophie des EGB-Vorschlags.²

Im ‚Begleitprogramm‘: Brechung der Macht der Finanzmärkte (Verbote von bestimmten Finanzinstrumenten; Banken und Finanzindustrie sollten schrumpfen und auf eine dienende Funktion für Verbraucher und Realwirtschaft reduziert werden); neue ökologische und soziale Industrie- und Dienstleistungspolitik inklusive Fördermaßnahmen für die dazu nötigen Kompetenzen, Ausbildung und Weiterbildung der Beschäftigten; höhere Löhne, ‚gute Arbeit‘ und verbesserte soziale Sicherungssysteme zur Stabilisierung der Massenkaufkraft, radikale Politik der Umverteilung von Einkommen und

² Der DGB fordert jetzt ein ähnliches europäisches Zukunftsprogramm, das über eine Vermögensabgabe der Reichen finanziert werden soll.

Vermögen usw. Es wurde verbunden mit dem Angebot „europäischer Aktionstage der Gewerkschaften“ (und sozialer Bewegungen), um in diesem Rahmen parallel sowohl auf EU- als auch nationaler Ebene Druck gegen die von den EU-Eliten und nationalen Regierungen ab Ende 2009 eingeleitete Rückkehr zu Sparpolitik und neoliberalen Strukturreformen aufzubauen.

Vorläufige Bilanz: Auf nationalstaatlicher Ebene unterstützten die Gewerkschaften der nordischen und exportorientierten EU-Staaten diesen Ansatz bestenfalls sehr verhalten. Die Umwelt- und Sozialverbände verstanden die Öffnung des EGB gegenüber ihren Anliegen nicht recht und verhandelten lieber mit der EU-Kommission über die neue neoliberale ‚Europa 2020 Strategie‘ (ohne positive Ergebnisse für sie), und überwiegend in den Staaten der EU-Südperipherie kam es in diesem Rahmen zu machtvollen Demonstrationen oder Generalstreiks.

Ironie der Geschichte: Ein EGB-Generalsekretär wie der Brite John Monks, der zuvor stets von der europäischen gewerkschaftlichen Linken als „Weichei“ betrachtet wurde, weil er den Vertrag von Lissabon als „Fortschritt zum sozialen Europa“ pries und eine Politik im Geiste der Modernisierung der „Sozialpartnerschaft“ propagierte, entschied sich plötzlich für eine Strategie der „gewerkschaftlichen Gegenmacht“ in Europa. Rigoros lehnte er die Konzeption der Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM und die damit verbundenen Änderungen des EU-Vertrags ab, wie auch die Vorschläge der EU zur ‚wirtschaftspolitischen Steuerung‘ und den Euro-Plus-Pakt. Trägheit und Ignoranz vieler nationaler Gewerkschaftsdachverbände – vor allem die deutschen, niederländischen und skandinavischen wähten sich ja 2010/2011 auf der sicheren Seite eines erneuten Wirtschaftsaufschwungs durch ihre ‚kluge Beschäftigungspolitik‘ in der Krise – sowie der übliche Opportunismus der NGO’s im Umwelt- und Sozialbereich („Europa 2020 positiv begleiten, um Fördermittel für uns herauszuholen“) strangulierten die Perspektive eines allgemeinen „sozialen Aufbruchs“ in Europa, den die EU-Eliten zuvor so sehr befürchtet hatten (Dräger 2011).

Unter Monks’ Nachfolgerin Bernadette Segol an der Spitze des EGB wurde die Programmatik von 2010 dann auch schrittweise abgemildert, wie der jüngste EGB-Vorschlag für einen EU-Solidarpakt (2012) verdeutlicht. Ebenfalls Ironie der Geschichte: Selbst dieses abgespeckte Konzept wird von den Mitte-Links-Kräften in der EU praktisch nicht unterstützt.

Über die Vorschläge und vielfältigen Wendungen von Gewerkschaften, NGO’s und der ‚Linken der Linken‘ in Europa in dieser Hinsicht wäre noch viel Kritisches zu berichten. Leider fehlt im Rahmen dieses Beitrags der Platz dafür. Deshalb konzentriere ich mich insbesondere auf die Rezepte der entsprechenden Akteure aus Deutschland.

Grundsatzkritik an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ...

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum)* legte im Februar 2011 ein Sieben-Punkte-Programm gegen die Eurokrise vor. Darin

prangerte sie zu Recht die „Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion seit dem Vertrag von Maastricht 1992“ an: die willkürlichen Verschuldungsobergrenzen (3 Prozent des BIP für öffentliche Haushalte, 60 Prozent des BIP für öffentliche Gesamtverschuldung), die einen Zusammenhang von Verschuldung und Inflation behaupteten, der auch nach Auffassung von Mainstream-Ökonomen in den 20 Jahren zuvor nie beobachtbar war;³ die negative Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die ausschließlich auf niedrige Inflation und Schuldenabbau fixiert war und auf positive Maßnahmen zur Herstellung realwirtschaftlicher Konvergenz in der WWU völlig verzichtete; die No-Bailout-Klausel und die einer demokratischen Kontrolle entzogene Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank usw.

Weil auch unter dem Dach der Währungsunion der erbitterte „Standortwettbewerb“ fortgesetzt wurde, verschärften sich die bestehenden Unterschiede in der Produktions- und Dienstleistungsstruktur, bei Produktivität und Lohnstückkosten, und mit ihnen wuchsen die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU. Die Ökonomien innerhalb der Eurozone (aber auch in der EU insgesamt) entwickelten sich seit der Einführung des Euro immer weiter auseinander, statt zu konvergieren.⁴ Es ist klar, dass eine Währungsunion solche Spannungen auf Dauer nicht aushalten kann.

Ein weiterer fundamentaler Kritikpunkt an der Fehlkonstruktion der Eurozone ist die Vergemeinschaftung der Geldpolitik ohne gemeinschaftliche Fiskal- und Wirtschaftspolitik und einen handlungsfähigen EU-Haushalt. Eine Währung ist nur dann auf Dauer überlebensfähig (souverän), wenn sie einen staatlichen Unterbau hat, d.h. eine Regierung, die Steuern erheben kann, einen Haushalt, der zur Korrektur und Bewältigung wirtschaftlicher Schocks eingesetzt werden kann und ein „Schatzamt“, das dies alles zügig organisieren kann. Die Mitgliedstaaten der Eurozone haben ihre währungspolitische Souveränität verloren, ohne dass der Euro zu einer „souveränen Währung“ geworden wäre. Der Euro hat nur die Europäische Zentralbank und ihre geldpolitischen Instrumente, der Unterbau fehlt ihm. Der EU-Haushalt ist mit seinen 1 Prozent des EU-27 BIP im Vergleich zum Bundeshaushalt der USA (24 Prozent des US-BIP) ein Witz – schnelles Reagieren und Gegensteuern auf einen gleichmäßigen Schock wie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2009 ist mit ihm nicht möglich.

In der EU (und Eurozone) müssen also die Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Haushalten gegen Krisen agieren, sich langwierig auf ein gemeinsames Vorgehen einigen (oder nicht) – daher die Politik des Durchwurstelns mit den stets sich als unzureichend erweisenden Euro-Rettungsschirmen. Dabei bleiben die EU-Regierungen gegenüber den Finanzmarktakteuren stets im Hinter-

³ Vielmehr stieg in den 1980er und 1990er Jahren die öffentliche Verschuldung, während die Inflationsrate sank – nach der Maastricht-Philosophie hätte steigende öffentliche Verschuldung zu höherer Inflation führen müssen.

⁴ Dazu hatten z.B. das IMK (2005) und das französische OFCE (2007) stichhaltige Analysen vorgelegt. Vgl. auch Joachim Becker (2011).

treffen. Die nationalen Zentralbanken hingegen sind darauf angewiesen, dass die EZB ihnen mit Reserven aushilft (was diese tun oder lassen kann). In den USA mag ein einzelner Bundesstaat pleite gehen, ohne dass der Dollar in den Abgrund gerissen wird – in der Eurozone ist das nicht der Fall.⁵

... aber ja zum Ausbau der Euro-Rettungsschirme

Die Memo-Gruppe unterstützte den Aufbau der Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM im Umfang von insgesamt 750 Mrd. € (zusammen mit Mitteln des IWF) und forderte ihren Ausbau. Mit einem „ausreichenden Volumen“ sollten Spekulanten abgewehrt, steigende Risikoaufschläge für Staatsanleihen z.B. Griechenlands, Irlands, Portugals usw. verhindert und die Finanzmärkte beruhigt werden. Die von notleidenden Mitgliedstaaten zu erfüllenden Bedingungen für Kredite aus den Euro-Rettungsschirmen – drastische Austeritätspolitik, Privatisierungen, Senkung der Löhne und Umsetzung neoliberaler Strukturformen – lehnte sie klar ab. Alternative Bedingungen – z.B. die Verpflichtung zu höheren Steuern auf Vermögen, Unternehmensgewinne und hohe Einkommen, zur Einführung von Kapitalverkehrskontrollen um Kapitalflucht zu verhindern, zu Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau – wurden nicht vorgeschlagen. Gefordert wurde eine koordinierte expansive Finanzpolitik der EU-Staaten und ein langfristig angelegtes öffentliches Investitionsprogramm der EU. Dessen Umfang wurde allerdings nicht beziffert. Nimmt man die ursprünglichen Forderungen des EGB (fünf Jahre lang jährlich 1 Prozent des EU-BIP – rund 126 Mrd. € – für ein europäisches Investitionsprogramm) als Maßstab, wäre es wahrscheinlich auch hart gesottenen „Schuldenhydraulikern“ bei den für Euro-Rettungsschirme, Investitionsprogramme usw. insgesamt aufzubringenden Summen schwindelig geworden.

Ähnlich wie die Memo-Gruppe lehnen der DGB und das gewerkschaftsnahe *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)* die scharfen Auflagen für Euro-Rettungskredite ab. Der DGB fordert ein Zukunftsprogramm für Wachstum und Beschäftigung, beklagt die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte und fordert einen höheren Beitrag von Vermögenden, Kapitaleinkünften und hohen Einkommen zur Bewältigung der Krise. Letzteres hinderte den DGB allerdings nicht daran, Ende September 2011 gemeinsam mit Arbeitgeberpräsident Hundt den Bundestag aufzufordern, dem Euro-

5

Jörg Goldberg (2011) hat dieses Problem m. E. indirekt sehr treffend angesprochen. Warum können sich die USA, Großbritannien oder Japan bei deutlich höheren Staatsschulden (USA, Japan) im Vergleich zur EU und einem hohen Leistungsbilanzdefizit (USA) und somit ‚objektiv‘ hohem ‚Insolvenzrisiko‘ zu günstigen Zinsen (1,4 – 1,6 Prozent) auf den Finanzmärkten refinanzieren, Spanien, Italien etc. aber nicht? „Es liegt die Vermutung nahe, dass die Finanzmärkte – und das sind wenige ‚systemrelevante‘ Investoren – und deren politische Einschätzungen eine viel größere Rolle spielen als vermeintlich ‚objektive‘ Verschuldungskennziffern.“ USA, Japan und Großbritannien haben den Vorteil, dass sie sich in eigener souveräner Währung verschulden können und notfalls die nötige Palette an Instrumenten haben, höhere Schulden zu ‚monetisieren‘. Ausführlicher dazu aus Sicht der post-keynesianischen ‚Modern Monetary Theory‘: Wray (2011).

Rettungsschirm EFSF zuzustimmen. Das Ratifizierungsgesetz sah aber die vom DGB kritisierten harschen Bedingungen für die Kreditvergabe vor, was die Gewerkschaftsführer durchaus wussten. In staatsmännischer Pose hatten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzenden aller Einzelgewerkschaften mit großformatigen Anzeigen in Tageszeitungen trotzdem für die Zustimmung zum EFSF geworben: „Ja zu Europa – ja zum Euro“.

Der Hintergrund: „Die Konsequenz einer Verschärfung der Euroraumkrise bis hin zu einer Insolvenz wäre nicht nur für die Länder in Finanzierungsschwierigkeiten, sondern auch für Deutschland sehr negativ.“ (IMK 2011) Insbesondere wenn größere Länder (wie z.B. Spanien, Italien) in eine Abwärtsentwicklung gerieten, verschlechtern sich die „Absatzchancen für Deutschlands Exportindustrie“. So gesehen wären Hilfen für die betroffenen Länder „also auch Hilfen für die deutsche Wirtschaft“.

Noch deutlicher wurde die IG Metall (2011): „Die deutsche Wirtschaft ‚lebt‘ wie kaum eine andere Volkswirtschaft vom Export. Die Kunden im Ausland sichern bei uns Millionen von Arbeitsplätzen. Die wichtigsten Abnehmer deutscher Waren sind die Europäer. (...) Die gemeinsame Währung hat gerade die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte enorm erhöht. Wenn die hoch verschuldeten Länder aus der gemeinsamen Währung ‚hinausgeworfen‘ werden, werten sie ihre Währungen ab, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. (...) Eurobonds, Rettungsfonds und andere Hilfeleistungen an Defizitländer sollten an Bedingungen geknüpft werden, die das Ziel haben, Schulden abzubauen: Das heißt, die Länder sollen Maßnahmen ergreifen, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern und Wirtschaftswachstum fördern. Hierzu müssen die Krisenländer zwar selbst beitragen, zum Beispiel durch effektivere Steuersysteme, allerdings brauchen sie auch Unterstützung etwa durch einen neuen ‚Marshallplan‘.“

Ihr Vorsitzender Berthold Huber sagte dem Deutschlandradio (11.10.2011): „Wir sind die Gewinner des Euros und wir müssen als Bundesrepublik Deutschland größten Wert darauf legen, dass dieser Euro erhalten bleibt. Da fühle ich mich auch mit den Arbeitgebern ziemlich einig.“

Der Euro und die EU müssen nach dieser Wahrnehmung also gerettet werden, um das langfristige Überleben des aggressiven deutschen „Exportweltmeistermodells“ abzusichern. Das beherzte Bekenntnis solcher Gewerkschaftsspitzen zu EU und Euro dient in erster Linie der vermeintlichen Sicherung „deutscher nationaler Interessen“. Kapital und Arbeit in Deutschland sitzen dabei im gleichen Boot (vgl. Streeck 2012). Gut – den Griechen, Portugiesen, Iren usw. muss mit Strukturbeihilfen und nicht näher ausgeführten ‚Marshallplänen‘ irgendwie geholfen werden. Aber in erster Linie sollen sie Schuldenabbau betreiben und die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ ihrer Wirtschaften wieder herstellen – was implizit auch jahrzehntelange ‚Lohnmoderation‘ der dortigen Gewerkschaften einschließt.

In seinem Buch „Kurswechsel für Deutschland: Die Lehren aus der Krise“ (2010) hatte Huber für ein neues Gesellschaftsmodell plädiert: Deutschland

müsse weiterhin eine Industriegesellschaft bleiben, aber ökologischer und sozialer werden und deshalb ein *binnenwirtschaftliches Entwicklungsmodell* anstreben. In die gleiche Richtung argumentierte früher auch das IMK. Sicher – das geht nicht von heute auf morgen. Ist das aber ein Grund, die schon mal gewonnenen „Lehren aus der Krise“ gleich wieder zu vergessen und den demonstrativen Schulterchluss mit dem deutschen Kapital zu üben?

Eurorettung – Spiel auf Zeit?

Im Kern ging es den deutschen Gewerkschaften bei ihrer Zustimmung zu den Euro-Rettungsschirmen darum, in einer zugespitzten Krisensituation „Zeit zu gewinnen“. Den zeitlichen Aufschub durch die Errichtung der vermeintlichen ‚Brandmauern‘ nutzten jedoch andere: die ‚systemrelevanten Finanzinvestoren‘, um ihr Geld aus griechischen Anleihen, spanischen und italienischen Banken usw. abzuziehen und die Risikoaufschläge für spanische und italienische Anleihen weiter hochzutreiben – sowie Angela Merkel, um immer schrillere Auflagen für Austeritätspolitik und neoliberale Strukturereformen auf EU-Ebene zu verankern (Euro-Plus-Pakt, EU-Richtlinien zur ‚Economic Governance‘, Fiskalpakt usw.). Ersteres führte dazu, dass für das Risiko eines Zahlungsausfalls Griechenlands, Irlands, Portugals usw. jetzt die SteuerzahlerInnen aus den anderen Euro-Ländern haften. Mit den Rettungsschirmen wurde eine Transferunion zugunsten von Banken und Finanzinvestoren geschaffen und nicht den EinwohnerInnen dieser Länder geholfen. Letzteres führt dazu, dass Insolvenzen der Länder in Finanzierungsschwierigkeiten wahrscheinlicher werden, weil Austerität und neoliberale Strukturereformen die Rezession dort vertiefen und bei allen kurzfristigen „Erfolgen“ beim Abbau von Haushaltsdefiziten die öffentliche Gesamtverschuldung wächst, da das BIP über Jahre hin schrumpft.

Weder EFSF noch ESM können eine Verschärfung der Finanzierungskrise von Ländern wie Italien (Schuldtitel von 2 Billionen € stehen zur Umschuldung an) und Spanien (800 Mrd. €) bewältigen. Interventionen des ESM zur Stützung der Anleihen dieser Länder dürften die Lage eher noch verschlimmern: Sobald die Finanzinvestoren den Eindruck gewinnen, dass die Mittel des ESM schrumpfen, werden sie Anleiheverkäufe vorziehen, um später nicht auf an Wert verlierenden Papieren sitzen zu bleiben. Fazit des belgischen Ökonomen Paul De Grauwe (2012): „So werden die Interventionen des ESM die Krisen noch beschleunigen statt sie einzudämmen.“

Auf John Maynard Keynes können sich die Befürworter der Euro-Rettungsschirme jedenfalls nicht berufen. In seiner Schrift ‚The Economic Consequences of the Peace‘ (1920) ging er hart mit jenen Regierungen zu Gericht, die Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg horrende Reparationszahlungen aufbürdeten. Die Schuldenlast Deutschlands müsse vielmehr auf eine wirtschaftlich tragfähige Höhe vermindert werden, um einen Wirtschaftsaufschwung und dauerhaften Frieden in Europa zu ermöglichen. Einer Strategie des „Schuldensaudits“ und der Entschuldung der Krisenstaaten stehen viele gewerkschaftsnahe Ökonomen (IMK 2011a, Busch 2012) aber eher ablehnend

gegenüber. So auch neuerdings die deutsche Memo-Gruppe (2012, S. 167): „Auf entfesselten Finanzmärkten ist ein Schuldenschnitt ein Spiel mit dem Feuer.“ Weil die Finanzinvestoren dabei mit drastischen Verlusten zu rechnen haben, treiben sie die Risikoaufschläge für Anleihen anderer gefährdeter EU-Staaten hoch. Hinzu kämen die Kosten für eine Rekapitalisierung der von einem Schuldenschnitt betroffenen Banken und Versicherungen in der EU.

In der Tat: Eine solche Strategie steht und fällt mit der Brechung der Macht der Finanzmärkte – von der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, der Zerschlagung des Schattenbankensystems und Verboten spekulativer Instrumente (CDS, Derivate etc.) bis hin zur Sozialisierung der Banken. Es geht um ‚regime change‘ und nicht bloße ‚Regulierung der Finanzmärkte‘, wie sie derzeit von der EU als ‚liberale Regulierung für mehr Transparenz‘ gestaltet wird. Wenn der Finanzsektor so drastisch geschrumpft und die Banken auf ihre dienende Funktion für Realwirtschaft und VerbraucherInnen reduziert werden, ist ihre Rekapitalisierung jedenfalls billiger als die zu erwartenden Verluste aus den Rettungsschirmen bei einer Insolvenz von Krisenstaaten. Wäre bereits 2010 ein Schuldenschnitt für Griechenland zu Lasten der privaten Gläubiger eingeleitet worden – 2009 betrug seine öffentliche Gesamtverschuldung ‚unhaltbare‘ 129,4 Prozent seines BIP – wäre der Rekapitalisierungsbedarf deutlich geringer gewesen als die über 220 Mrd. € zu erwartenden Verluste der Euro-Rettungsschirme, wenn das Land in den nächsten Jahren – wie von vielen Beobachtern erwartet – insolvent ginge (Schuldenstandsquote 2011 bereits 165,3 Prozent des BIP, Tendenz steil ansteigend).

Ausblick

Die Schwäche der „Alternativkonzeptionen“ von Gewerkschaften und alternativen Linken liegt zum einen in ihrer Fixierung auf einzelne Instrumente oder „Modelle“, die den systemischen Zusammenhang der Krisen außer Acht lassen.⁶ Die realen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Strategien der EU-Eliten werden von ihnen weitgehend ausgeblendet – dazu einige Beispiele:

Eine Teilvergemeinschaftung der Schulden der Mitgliedstaaten mit gemeinsamer Haftung durch Eurobonds klingt gut, würde sie doch den wirtschaftlich schwächeren EU-Ländern auf den ersten Blick niedrigere Zinskosten bringen. Ein Wechsel bestehender öffentlicher Schulden auf Eurobonds bewirkt aber weder Entschuldung noch neue fiskalische Schuldenkapazität für die Eurozone. Alle maßgeblichen Eurobonds-Vorschläge in dieser Hinsicht (Stabilitätsbonds der Europäischen Kommission, das Konzept von Juncker und Tremonti usw.) sehen genau wie bei den Euro-Rettungsschirmen vor, dass die Mitgliedstaaten bei einem Tausch ihrer Schuldtitel (bis zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent ihres BIP) in gemeinschaftliche Eurobonds

⁶ Diesen Aspekt kann ich aus Platzgründen hier nicht weiter ausführen. Vgl. dazu u.a. Michel Husson (2011).

„strikte Konditionen“ à la Fiskalpakt zu erfüllen hätten.⁷ Was wäre damit gewonnen?

Die Europäische Zentralbank soll als „Kreditgeber letzter Instanz“ die Mitgliedstaaten mit unbegrenzter Liquidität versorgen und so die Angriffe der Spekulanten zunichte machen? Das könnte sie durchaus (De Grauwe 2011), aber der EZB-Rat will es nicht. Die Anleihekäufe der EZB zur „Entlastung“ Spaniens und Italiens wurden stets erfolgreich mit Druck zu Austerität und Strukturreformen garniert, Berlusconi so aus dem Amt gejagt. Wie bringt man aber absolut unabhängige Zentralbanker zum Umlenken? Durch gut gemeinte Memoranden?

Endlich eine „demokratische europäische Wirtschaftsregierung“ einschließlich der Kompetenz errichten, „die Richtung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu bestimmen“, indem das Europäische Parlament nach dem Mitentscheidungsverfahren in die Prozesse der derzeitigen „wirtschaftspolitischen Steuerung“ einbezogen wird (Busch 2012, S. 43)? Da dies als kurzfristige Lösung vorgestellt wird, bis später einmal im Rahmen einer „echten Föderalverfassung“ mit voll demokratisiertem Europaparlament und einer zweiten Kammer der Mitgliedstaaten die „Politische Union“ vollendet ist, stellt sich die Frage: Hat der Verfasser nicht bemerkt, dass die Mehrheit des EP bei den EU-Verordnungen zur ‚Economic Governance‘ sein Mitentscheidungsrecht nutzte, um dem Rat „automatischere Sanktionen“ beim Stabilitätspakt und eine gestärkte Rolle der Kommission abzurufen (vgl. Dräger 2011a)? Warum sollte eine neoliberale Mehrheit des Europäischen Parlaments ausgerechnet die alternativen Vorschläge aus den Gewerkschaften umsetzen wollen?

Wer sind dann aber die Akteure, um einen Politikwechsel voranzutreiben? Roosevelt’s New Deal in den 1930er Jahren, der vielen in den Gewerkschaften und der alternativen Linken als Vorbild für die heutige Krisenbekämpfung dient, war die Reaktion auf massive Kämpfe der Gewerkschaften, Kriegsveteranen und armen Farmer. Erst die Angst des Großkapitals, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte, machte es zu Zugeständnissen bereit. Ohne verallgemeinerten „sozialen Aufruhr“, den die EU-Eliten in der Krise 2008/2009 befürchteten, wird sich weder in Deutschland noch in der EU etwas zum Positiven bewegen.

Literatur

- Anderson, Perry (2012): After the Event (Debating Europe); in: New Left Review 73, January-February 2012, pp. 47-61
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011): Sondermemorandum Euroland in der Krise – Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion, Februar
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2012): Memorandum 2012. Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, Köln
- Becker, Joachim (2011): EU: Von der Wirtschafts- zur Integrationskrise, in: Z 85, März 2011, S. 10-30

⁷ Griechenland hätte im Übrigen dann immer noch „Junkbonds“ im Umfang von 100 Prozent seines BIP, Italien von 60 Prozent und Portugal von 40 Prozent.

- Busch, Klaus (2012): Scheitert der Euro?; Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar
- Cohen, Elie (2012): L'initiative de croissance Hollande; Telos, 25.06.2012
- De Grauwe, Paul (2012): The European Central Bank as the lender of the last resort; voxeu 18.8.2011, <http://voxeu.org/article/european-central-bank-lender-last-resort>
- De Grauwe, Paul (2012): Why the EU summit decisions may destabilize bond markets; voxeu, 2.7.2012; <http://voxeu.org/article/why-eu-summit-decisions-may-destabilize-government-bond-markets>
- Dräger, Klaus (2011): Sado-monetarism rules ok?! EU Economic Governance and its consequences, Analysis and Reflection Paper for the 17th Euromemo Conference in Vienna, 16 – 18 September 2011, Cologne, 3 September; http://www2.euromemorandum.eu/uploads/background_paper_draeger_sado_monetarism_rules_ok_eu_economic_governance_and_its_consequences.pdf
- Dräger, Klaus (2011a): Europäische Wirtschaftsregierung. EU auf dem Weg zum „Deutschen Europa“?; in: Widerspruch 61, 31. Jg./2. Halbjahr 2011
- EGB (2012): Ein Sozialpakt für Europa; 6.6.2012; <http://www.etuc.org/a/10141>
- ETUC (2010): The Economic Crisis – New Sources of Finance, 10 March 2010
- ETUC (2010a): A major investment stimulus to get Europe into jobs and out of debt; Economic discussion note 2010 – 13, 27 September 2010
- Goldberg, Jörg (2011): Staatsverschuldung und Finanzmärkte; Buchbesprechung zu Jürgen Leibiger ‚Bankrotteure bitten zur Kasse‘; in: Z 88, Dezember, S. 205 – 208
- Huber, Berthold (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt/M.
- Huber, Berthold (2011): dradio Interview „Wir sind die Gewinner des Euros“, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1575529/
- Husson, Michel (2011): Eine kooperative Lösung für Europa, in: Sand im Getriebe (Newsletter attac), Nr. 93, Frankfurt/M., S. 13-16
- IG Metall (2011): Schuldenkrise in der Euro-Zone. 10 Gründe für den Euro und die Währungsunion, 18.11.2011
- IMK (2005): Gustav Horn u.a.: Quo vadis Euroraum?, IMK Report Nr. 1, August
- IMK (2011): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011. Der Euroraum in Trümmern?, IMK Report Nr. 59, Januar
- IMK (2011a): Gustav Horn u.a.: Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum, IMK Report Nr. 63, Juni
- OFCE (2007): Catherine Mathieu u. Henri Sterdyniak: How to deal with economic divergences in EMU?; OFCE Working Paper No. 2007-14, May
- Streeck, Wolfgang (2012): Markets and Peoples. Democratic Capitalism and European Integration; in: New Left Review 73, January/February 2012, pp. 63 -71
- Wray, L. Randall (2011): The Unusual Case of Euroland: The Non-Sovereign Nature of the Euro and the Problems Raised by the Global Financial Crisis; MMP Blog # 16, September 18; <http://neweconomicperspectives.org/2011/09/mmp-blog-16-unusual-case-of-euroland.html>

5 Editorial

8 Alessandro Mazzone (1932-2012) zur Erinnerung

Euro-Krise und Alternativen der Linken

Vladimiro Giacché

9 Die falsche Priorität: Schuldenabbau in Europa und Italien

Miren Etxezarreta / Francisco Navarro / Ramón Ribera / Victòria Soldevila

21 Boom und Krise der spanischen Wirtschaft und die Rolle der EU

Jannis Milios

34 Ökonomische Krise und politischer Wandel in Griechenland

Costas Lapavistas

43 Soll Griechenland den Euro aufgeben?

Klaus Dräger

48 „Euro-Krise“ – strategielose Gewerkschaften und Linke

Joachim Bischoff / Norbert Weber

59 Regulierter Finanzsektor?

Fünf Jahre nach Ausbruch der großen Krise

Hermann Bömer

74 Die Krise der europäischen Integration und die Alternativen der europäischen Memorandumgruppe

Klaus Busch / Dierk Hirschel

81 Gewerkschaften und Eurokrise

Energie, Klima, Wachstumskritik

Bernd Brouns

86 Widersprüche der „Energiewende“

Zwischenbilanz der schwarz-gelben Energiepolitik

Mohssen Massarat

97 Sinns „Paradoxon“ oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können

Inhalt

Sabine Leidig

- 113** **Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
– eine kritische Zwischenbilanz**

Karl Hermann Tjaden

- 121** **Bemerkungen zur Wachstumskritik**
-

Geschichte

Josef Schleiﬀstein (1915-1992)

- 126** **Historische Krisen und ihre Verarbeitung**
Das Beispiel des August 1914

Eric Hobsbawm

- 132** **Nach dem Kalten Krieg. Erinnerungen an Tony Judt**

Werner Röhr

- 138** **Deutsche Okkupationspolitik in Litauen**
-

Weitere Beiträge

Nico Biver

- 146** **Fallstricke der Autonomie**
Die Linksfrent in Frankreich nach den Parlamentswahlen

Lothar Peter

- 156** **Postmoderner Linksradikalismus – Aufbruch zu neuen Ufern?**

Claudius Vellay

- 170** **Entfremdung aus Sicht der Lukácsschen Ontologie**
Materialistische Ethik diesseits von Religion und Glauben (Teil I)

Gretchen Binus

- 185** **Ein Votum für die Monopoltheorie**
-

Berichte

Dirk Krüger

- 191** **Jürgen Kuczynskis Leben und Werk in Elberfeld (Wuppertal)**
Wuppertal, 12. Mai 2012

Andreas Diers

- 194** **Gramsci-Tagung**
Esslingen, 7. bis 10. Juni 2012

Maria Diedrich / Thomas Möller

195 **Gewerkschaftsforschung**

Jena, 29. bis 30. Juni 2012

199 **Buchbesprechungen**

Eine neue Engels-Biographie (Thomas Kuczynski zu Tristram Hunt)

Anthropologie statt Ökonomie (Ulrich Busch zu David Graeber)

Agenten des Finanzkapitals (Conrad Schuhler zu Chr. Prager und W. Rügemer)

Unsicherheit als Profitquelle (Jörg Goldberg zu Hermannus Pfeiffer)

Katze und Krokodil (Georg Fülberth zu Wolfgang Pohrt)

Kapitalismustransformation ohne Linke? (Sebastian Klauke zu Paul Mattick)

Feindbild Islam (Karin Kulow zu Werner Ruf)

Militarisierung und Rohstoffkonflikte (Florian Flörsheimer zu Luedke/Strutynski)

221 **Autorinnen und Autoren**

4 **Impressum**

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heining, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. David Salomon, Guido Speckmann, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 33,50. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 40,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 26,50, Ausland Euro 34,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. 7. 2012.

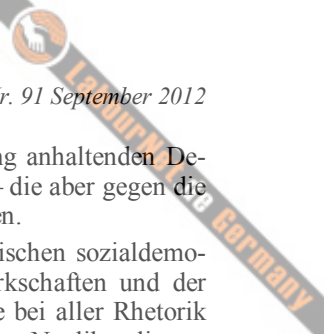
Editorial

Seit der durch den Zusammenbruch der Hypothekenmärkte in den USA ausgelösten (nicht verursachten) Krise der entwickelten kapitalistischen Länder sind fünf Jahre vergangen, ohne dass Aussicht auf eine nachhaltige Stabilisierung bestünde. Im Gegenteil: Nach einer trügerischen Erholung im Jahre 2010 verfestigen sich Depressionserscheinungen. Das dominierende Wirtschaftsmodell, der finanzmarktgetriebene Kapitalismus, treibt die Realökonomie in die Stagnation und bedroht selbst die Dynamik in der ehemaligen Peripherie. Ein Ausweg ist nicht sichtbar. Denn das der Krise zugrunde liegende Missverhältnis zwischen der spekulativ aufgeblähten Finanzsphäre und einer stagnierenden Realwirtschaft wird nicht aufgelöst. Ansätze dazu scheitern immer wieder an der Macht der Finanzindustrie, die alle Maßnahmen zu ihren Lasten erfolgreich zu hintertreiben versteht. Jede akute Zuspitzung wird von der Politik mit immer neuen Geldspritzen bekämpft, was vorübergehend Erleichterung bringt, das Grundproblem jedoch verschärft.

Dass die Krise keine Krise der Staatsverschuldung ist, macht *Vladimiro Giacche* deutlich: Es handelt sich um eine Überschuldung der Gesamtwirtschaft, die öffentlichen Schulden sind nur der kleinere Teil. Die Unfähigkeit der nationalen und supranationalen wirtschaftspolitischen Akteure, die Krise zu beherrschen, ist dabei auch dem neoliberalen Krisenverständnis geschuldet. Wie er am Beispiel Italien zeigt, stehen die Verteilungsrelationen und der Sozialstaat im Mittelpunkt: Für das Kapital sind zu hohe Löhne, unflexible Arbeitsmärkte und zu viel soziale Sicherheit die Ursachen der Schwäche der Industrieländer. Die Krise wird funktionalisiert, um die Arbeiter- und Bürgerrechte auf den Stand des 19. Jahrhunderts zurückzuschrauben.

Die Funktionalisierung der Staatsverschuldung für Zwecke des Klassenkampfes von oben zeigt sich besonders deutlich am spanischen Beispiel. *Miren Etxezarreta* zufolge gibt es zwar in Spanien durchaus ein Schuldenproblem, dieses besteht aber vor allem in der privaten Auslandsverschuldung, während die öffentliche Verschuldung deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Euro-Länder liegt. Erst die großzügigen öffentlichen Hilfen für die Banken haben daraus ein Staatsschuldenproblem gemacht, welches nun durch neoliberale Spar- und Strukturprogramme bekämpft wird, die die Rezession verschärfen.

Griechenland ist bekanntlich jenes Land, in dem – auch vor dem Hintergrund traditioneller Strukturschwächen – die Krise am heftigsten wütet. Dies ist aber *Jannis Milios* zufolge nicht primär dem Druck der starken EU-Länder, an der Spitze Deutschland, geschuldet. Es sind vielmehr die griechischen Eliten, die die Krise nutzen, um die von ihnen seit 20 Jahren verfolgten sozialreaktionären Ziele endlich zu verwirklichen. Die griechische Linke könnte den Krisenkurs noch stoppen, allerdings nur in einem europäischen Rahmen. Das sieht *Costas Lapavistas* anders. Er meint, nur ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone, die Einstellung des Schuldendienstes und eine Restrukturierung der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse der abhängig Beschäftigten.



tigten könnten verhindern, dass Griechenland in einer lang anhaltenden Depression versinkt. Dieser Weg berge viele Risiken in sich – die aber gegen die Perspektive eines dauerhaften Niedergangs abzuwägen seien.

Klaus Dräger befasst sich mit den Positionen der europäischen sozialdemokratisch/grünen Linken, aber auch mit denen der Gewerkschaften und der ‚Linken der Linken‘. Den ersteren bescheinigt er, dass sie bei aller Rhetorik konsequent an ihrer „sozialliberalistischen“ Variante des Neoliberalismus festhalten und sich – wenn sie wie in Frankreich die Regierung übernehmen – mit rein symbolischen Korrekturen der konservativen Austeritätspolitik zufrieden geben. Den Alternativen der Gewerkschaften und der Linken wirft er dagegen vor, dass diese bei ihren Einzelvorschlägen die politischen Kräfteverhältnisse ausblenden: Nur ein allgemeiner sozialer Aufruhr könne die EU-Eliten zum Einlenken bewegen.

Ein Kernaspekt der Krise und des gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsmodells war und ist die Verselbständigung des Finanzsektors, u.a. eine Folge des Deregulierungswahns der 1990er Jahre. Notwendig wäre eine Re-Regulierung der Finanzindustrie, verbunden mit einer drastischen Reduktion des Gewichts der Finanzsphäre. *Joachim Bischoff und Norbert Weber* schildern den (unbefriedigenden) Stand der Regulierungsreformen und zeigen, dass die expansive Geldpolitik der Notenbanken die Bereinigung der Hypertrophie des Finanzsektors eher verhindert hat. Kernpunkt einer wirksamen Reform müsse eine Restrukturierung der Realökonomie, nicht eine Sanierung der Bankbilanzen sein.

Hermann Bömer stellt die Entstehung und Entwicklung der linken Euromemo-Gruppe im Kontext der EU-Politik dar und geht auf deren Alternativposition ein. Da die Krise und deren Formwandel von der Banken- zur Staatsschuldenkrise nur vor dem Hintergrund der erfolgreichen Verteilungsoffensive des Kapitals verstanden werden könne, schlägt die Gruppe eine offensive, durch veränderte und gestärkte EU-Institutionen gestützte soziale und ökologische Reformpolitik vor. Es bestehe aber auch das Risiko einer „wirtschaftlichen und sozialen Großkrise“.

Für *Klaus Busch und Dierk Hirschel* hat die aktuelle Krise einen Konstruktionsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offen gelegt. Bei gemeinsamem Binnenmarkt und gemeinsamer Währung bleibt das System der konkurrierenden Wettbewerbsstaaten bestehen. Die Folge sind wachsende Ungleichgewichte, wobei vor allem Deutschland profitiert. Trotzdem halten die Autoren eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik für den falschen Weg. Sie sind für „mehr Europa, aber anders“. Sie plädieren für ein europäisches Aufbau- und Entwicklungsprogramm zur Überwindung der Wachstumsschwäche, das durch eine europaweite Vermögensabgabe finanziert werden könnte.

Ökonomisch-ökologische Krise: Die grün-schwarze Energiepolitik hat seit dem Atomausstiegsbeschluss mit einem grundlegenden Widerspruch zu kämpfen: Die bestehende Energieversorgungsinfrastruktur ist mit einem Umstieg auf erneuerbare Energien nicht vereinbar. Die Bundesregierung bleibt jedoch den Interessen der dominierenden Energieversorgungskonzerne verpflichtet. Aus der

„Energiewende“ wird, so *Bernd Brouns*, daher ein „weiter so“. In der Klimapolitik erweisen sich die Kyoto-Mechanismen als ungenügend. Sie sind nachfrageorientiert und vernachlässigen die Angebotsseite. *Mohssen Massarat* betont in Auseinandersetzung mit dem konservativen Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn die Notwendigkeit einer präzisen Analyse der auf den Ressourcenmärkten herrschenden Machtverhältnisse, wenn eine wirksame, politisch festgelegte Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffen (Energieträgern) realisiert werden soll. *Sabine Leidig* gibt einen Überblick zu Arbeit der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Sie erwartet von ihr zwar „kaum wegweisende Ergebnisse“, nimmt sie aber als Anregung für die Linke, die eigenen konzeptionellen Defizite hinsichtlich Wachstumskritik, sozial-ökologischer Umbauprozesse und einer „Theorie des grünen Sozialismus“ zu bearbeiten. Eine Strategie, die Wachstum von Umwelteingriffen, Konsum, Warenproduktion und Profit zurückschrauben will, muss sich, so *Karl Hermann Tjaden*, auf den Mechanismus der kapitalistischen Produktion selbst konzentrieren und im Sinne eines „Akkumulations-Stopps“ das überproportionale Wachstum des Einsatzes von Sachanlagen und Sachmitteln zu Lasten der Beschäftigung von Arbeitskräften einschränken.

Geschichte: „Historische Krisen und ihre Verarbeitung“ ist er Titel eines Beitrags von *Josef Schleifstein* vom Juni 1990, den wir aus Anlass seines 20. Todestages (24. Juli 2012) nachdrucken. Das damals noch ganz gegenwärtige „Scheitern des ersten praktischen Gestaltungsversuchs einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft“ erfordere, so Schleifstein, eine „grausamgründliche Selbstkritik“, wie dies Rosa Luxemburgs mit Blick auf den August 1914 verlangt hatte. *Werner Röhr* bespricht die materialreiche Darstellung von Christoph Dieckmann zu den Massenverbrechen der deutschen Besatzer und ihrer litauischen Helfer im Litauen der Jahre 1941 bis 1944. *Eric Hobsbawm* würdigt das Lebenswerk des britischen Historikers Tony Judt, mit dem ihn eine streitbare und oftmals kontroverse Freundschaft verband.

Weitere Beiträge: *Nico Biver* analysiert die französischen Parlamentswahlen, die nach den Präsidentschaftswahlen eine herbe Enttäuschung für die Linksfrente Mélançons brachten, und zeichnet die strategischen Diskussionen nach, die nach der Wahl innerhalb des Bündnisses begonnen haben. *Lothar Peter* charakterisiert zeitgenössische Beiträge zu Revolution und Kommunismus von Badiou, Žižek, Holloway und Onfray als „postmodernen Linksradikalismus“. Er kritisiert die empirische Blindheit der Autoren, die sie von einer „politischen Praxis“ isoliere, die an den konkreten Widersprüchen und krisenhaften Entwicklungen der modernen kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft anknüpft. *Claudius Vellay* debattiert die Kategorie der Entfremdung unter Rückgriff auf die „Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ von Georg Lukács vor dem Hintergrund der Hypostasierung der Kategorie (Frankfurter Schule) einerseits, ihrer grundlegenden Verwerfung (Althusser-Schule) anderer-

seits. *Gretchen Binus* plädiert dafür, die marxistische Monopoltheorie für die Analyse des Gegenwartskapitalismus – gerade angesichts der globalen Finanzkrise – fruchtbar zu machen.

Der Fortgang der Finanzmarkt- und EU-Krise wird uns auch in Z 92 (Dezember 2012) beschäftigen. Den Schwerpunkt werden Beiträge zu Gewerkschaftsfragen bilden.

Alessandro Mazzone (1932-2012) zur Erinnerung

Der italienische marxistische Philosoph, unser Freund und Genosse Alessandro Mazzone, ist am 1. Juni 2012 in Rom verstorben, kurz nach seinem 80. Geburtstag. Durch seine Beteiligung an der „AG Marx-Engels-Forschung“ des IMSF in den 80er Jahren und an den Diskussionen der „Marx-Engels-Stiftung“ in Wuppertal, seine Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat der „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. N.F.“ und in der Berliner „Leibniz-Sozietät“ war er in der marxistischen Linken der Bundesrepublik vor und nach 1989/90 präsent.

Mazzone studierte in Pavia, München und Mailand. Zu seinen Lehrern rechnete er u.a. Ludovico Geymonat und Galvano della Volpe. „Philosophisches Studium im Nachkriegsitalien bedeutete: Humanitates und Neuanfang, Aufbruch und Öffnung, (noch) ungebrochene Gewissheit, die eigene Bildung in den Aufbau der aus dem antifaschistischen Widerstand entstandenen Republik einbringen und entfalten zu dürfen.“ Zeitweilig Lektor am Dolmetscherinstitut in Heidelberg, lehrte er an den Universitäten Santiago de Cuba (1963) und Messina (ab 1964), war Gastdozent an der FU in Berlin (1977/78) und seit 1988 Lehrstuhlinhaber für Philosophie und Geschichte an der Universität Siena.

Sandro Mazzone war in vieler Hinsicht Mittler zwischen dem marxistischen Denken in Italien und Deutschland. Als Mitarbeiter am Gramsci-Institut in Rom verfolgte er Ende der 70er Jahre den Plan einer ersten größeren Gramsci-Ausgabe in der Bundesrepublik. Ideologie- und Geschichtstheorie waren seine Themen. 1981 erschienen in Messina seine „Questioni di teoria dell'ideologia“. In der Zeitschrift „proteo“ des „Centro Studi Transformazioni Economico-Sociali“ (Rom) veröffentlichte er in den letzten Jahren eine Artikelserie zu Klassen, Klassenkampf und Hegemonie heute. 2002 hatte er in Rom einen Sammelband zur Bedeutung der neuen MEGA herausgegeben „MEGA²: Marx ritrovato“. Ihm kommt, so sein Schüler Roberto Fineschi, das historische Verdienst zu, „di aver portato in Italia la MEGA“, die MEGA in Italien bekannt gemacht zu haben.

Sandro war uns nicht nur ein wichtiger Impulsgeber und Diskussionspartner, sondern auch ein guter Freund. Er wird uns fehlen. Buon viaggio, Sandro.

Redaktion